



Zentrale Service-Angebote entlasten Kommunen in Sachsen-Anhalt

Das Ministerium für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt hat die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie „Zentrale Service-Angebote (ZSA) für starke Kommunen“ vorgestellt. Das Ergebnis zeigt: Ein ZSA ist rechtlich, organisatorisch, personell, technisch und wirtschaftlich machbar und kann Kommunen deutlich entlasten.

„Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Staatsmodernisierung. Die Bündelung von Aufgaben in zentralen Einheiten baut in erheblichem Maße Bürokratie ab und entlastet so die Kommunen. Effizientere Verwaltungsstrukturen und digitale Prozesse sorgen für eine neue Qualität der Zusammenarbeit“, sagte die Ministerin für Infrastruktur und Digitales, Dr. Lydia Hüskens, heute in Magdeburg. Das komme Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft insbesondere durch schnellere Bearbeitungszeiten gleichermaßen zugute.

Nach Auskunft der Ministerin beabsichtigt das Land, auf Grundlage der Machbarkeitsstudie die Umsetzung eines ersten Zentralen Service-Angebots ab dem kommenden Jahr zu veranlassen. Ein schrittweiser Aufbau, beginnend mit den pilotierten Leistungen Hundehaltung und Wohngeld, soll sicherstellen, dass Erfahrungen aus der Praxis direkt in die Weiterentwicklung einfließen. „Das ZSA stärkt die Beziehungen zwischen Land und Kommunen hin zu einem kooperativen Föderalismus. Dieser Ansatz ist neu und für Deutschland zukunftsweisend,“ hob Hüskens hervor.

Die Machbarkeitsstudie wurde unter Mitwirkung von 25 Kommunen, den kommunalen Spitzenverbänden in Sachsen-Anhalt sowie vier Ressorts der Landesregierung durchgeführt. Ziel war es, zu prüfen, ob und wie ein Zentrales Service-Angebot als gemeinsame Unterstützungseinheit für Kommunen im Land umgesetzt werden kann. Hintergrund ist der Wunsch der Kommunen nach einer Entlastung, die dem Fachkräftemangel, knappen kommunalen Haushalten und Herausforderungen bei der Digitalisierung erfolgreich begegnet.

In einer Pilotierung wurden die zwei Verwaltungsleistungen (Wohngeld und Hundehaltung) realitätsnah simuliert. Dabei zeigte sich eine deutlich schnellere Fallbearbeitung bei beiden Leistungen – diese konnte im Durchschnitt rund 39 Prozent schneller als bisher erfolgen. Zugleich wurden deutliche Lernkurveneffekte sichtbar: Beschäftigte, die wiederholt mit den optimierten Prozessen arbeiteten, steigerten ihre Bearbeitungsgeschwindigkeit und Qualität fortlaufend.

Die Verbesserungen basieren auf mehreren Faktoren: einem optimierten Prozess, einer klaren Spezialisierung auf standardisierte Aufgaben, sowie einer teilweisen Simulation verbesserter Informationstechnik und Schnittstellen.

Diese Ergebnisse zeigen, dass ein Zentrales Service-Angebot das Potenzial hat, Verwaltungsabläufe dauerhaft zu beschleunigen und qualitativ zu verbessern. Auch die Analyse weiterer Leistungen zeigt, dass sich elf von fünfzehn untersuchten Prozessen für eine Umsetzung in einem Zentralen Service-Angebot eignen. Dazu gehören unter anderem Elterngeld, Ummeldung, Grundsteuer, Kraftfahrzeugzulassung, Wahlschein und Briefwahl sowie elektronische Zahlverfahren.

„Sachsen-Anhalt ist das erste Bundesland, das in dieser Form eine zentrale Einheit aufbaut und so die Kommunen

unterstützt, bestimmte Leistungen gemeinsam darüber zu erledigen“, sagte Lydia Hüskens abschließend.

Weitere Informationen zum Projekt sowie die Machbarkeitsstudie sind unter folgendem Link abrufbar:

<https://ozg.sachsen-anhalt.de/grundlagen/zsa-machbarkeitsstudie>

Impressum:

Ministerium für Infrastruktur und Digitales
des Landes Sachsen-Anhalt
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Turmschanzenstraße 30
39114 Magdeburg

Tel.: +49 391 / 567 - 7504

E-Mail: presse-mid@sachsen-anhalt.de